

## **Armut und psychische Krankheit in der reichen Schweiz, im reichen Europa**

**Vier unterschiedliche Schlaglichter auf die Folgen einer marktwirtschaftlichen Produktion akuter und relativer Verarmung durch Lohnzurückhaltung** (von Rainer Glauser)

### **Teil 4:**

#### **Marktkonformität oder Gemeinwohl? Welche Demokratie soll es sein?**

Wer Gelegenheit hat den Film: „I, Daniel Blake“ von Ken Loach (2016) zu sehen, kann sich, wenn er selbst noch nicht mit den Institutionen des „Sozialstaates“ in Kontakt gekommen ist, ein Bild davon machen, wie sich ebenjener Krieg gegen die Armen, von dem Robert Reich sprach, im britischen Gesundheits- und Sozialwesen und auch hier mit den Mitteln der Political Correctness, einem entsprechenden Word-ing und Irrsinnsverordnungen zeigt. Europaweit setzt sich seit Längerem eine Ideologie durch, die inzwischen alle Bereiche des Lebens sowie den Menschen selbst, einem ökonomischen Bild entsprechend, verändert hat. Alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens, also Politik, Kultur, Recht, Bildung, Familie, Gesundheit usw. werden einer finanziellen Verwertung unterworfen und gemäss dieser vermessen. Kurz: Die demokratischen Strukturen und Institutionen sind gemäss dieser Logik marktkonform zu gestalten, und das tun sie zunehmend auch brav! Denn der Wirtschaftsliberalismus ist ganz entgegen seinem Credo besonders stark auf den Staat angewiesen. Es muss ein Staat sein, der sich den Erfordernissen des „freien“ Marktes anpasst. Dies hat aber fatale Folgen für die Demokratie und die nach wie vor eher schwachen demokratischen Mitbestimmungsrechte der abhängig Beschäftigten. Und es hat, wie ich vorher versuchte zu zeigen, direkte destruktive Folgen für die Berufsausübung und den Berufsethos in vielen Berufen in vielen gesellschaftlichen Bereichen, wie dem Gesundheitswesen und somit letztlich negative Auswirkungen für das gesamte Gemeinwohl.

Angesichts der Macht und des flächendeckenden „Erfolgs“ dieser Entwicklungen, der Verstrickungen von Politik und Ökonomie und der marktkonformen Ausrichtung der Demokratien scheint es aussichtslos, etwas dagegen ausrichten zu wollen. Der Eindruck, dass man nichts machen könne und es keine Alternativen gäbe, ist allerdings selbst Bestandteil und Folge dieser mehrfach beschriebenen Ideologie. Es gibt immer Alternativen. Diese Verhältnisse sind weder gottgegeben noch naturgesetzlich, sondern von Menschen gemacht. Und man könnte es auch anders machen. Allen Tendenzen und Stimmen, die etwas anderes behaupten, ist mit Misstrauen und eigenständigem Denken zu begegnen.

Wie könnten Alternativen beschaffen sein? Wir könnten es einfach halten und sagen, es würde genügen, die bereits jetzt existierenden Hauptzielsetzungen aller Verfassungen weltweit schlicht umzusetzen. D.h. den Auftrag an die Ökonomie erteilen, das Gemeinwohl, also das Wohl und die allmähliche Verbesserung der Lebenshaltung *aller* Volksschichten zu fördern. Dazu würde u.a. gehören, dass rein gewinnorientiertes Handeln, z.B. höhere Gewinne durch auf Kosten der Gemeinschaft verursachte Schäden (Umwelt) oder Ausbeutung abhängig Beschäftigter, nicht wirtschaftlich belohnt wird, während umsichtiger handelnde Akteure der Wirtschaft dadurch einen Nachteil erhalten. Wie dies gegenwärtig auch im Gesundheitswesen der Fall ist. Ich habe z.B. noch nie von einem (Wirtschaftlichkeits-)Verfahren gegenüber „Leistungserbringern“ gehört, die weniger Zeit für Patienten aufwenden als der statistische Durchschnitt. Warum nicht?

Man könnte neben einer grundsätzlich auf mehr Teilhabe ausgerichteten Wirtschaftspolitik, verpflichtende Grundsätze formulieren und einführen:

- „Soziale Sicherungssysteme schützen vor Absturz und Ausgrenzung.
- Öffentliche Güter ergänzen die privaten.
- Die Startchancen sind durch ein öffentliches Bildungs- und Gesundheitssystem sowie die Beschränkung des Erbrechts gleichmässig verteilt.
- Die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen ist begrenzt.
- Privateigentum, Gemeinschaftseigentum, Gesellschaftseigentum und Naturnutzungsrechte koexistieren massvoll.
- Unternehmen werden ab einer bestimmten Grösse am weiteren Wachstum gehindert.
- Handelsräume werden durch gemeinsame Arbeits-, Sozial-, Steuer-, Umwelt-, Transparenz- und Antikorruptionsstandards geschützt (Fairhandel statt Freihandel)<sup>1</sup>

Es geht hier weniger darum einen abschliessenden Katalog von Grundsätzen zu formulieren, und wie gesagt, kennen die meisten Verfassungen solche Grundsätze bereits. Es muss aber darum gehen die Orientierung zu erweitern. Wenn man Ökonomie und Politik nicht mehr auf Ziele, die dem Gemeinwohl dienen, verpflichtet und das längst demokratiegefährdende Anwachsen von ökonomischer Ungleichheit nicht rückgängig macht, darf man sich nicht allzu sehr über die Abkehr eines Grossteils unterschiedlicher Bevölkerungen von demokratisch verfassten Staatsformen und einer Zunahme totalitärer Ideen wundern.

Wer an der gegenwärtigen, ich nenne sie jetzt marktfundamentalistischen Ideologie festhält, produziert letzten Endes mehr oder weniger bewusst Konkurrenz unter Bedürftigen und damit letztlich Rassismus und Nationalismus, jenseits ihrer sprachlich, politisch korrekten Verortung.

---

<sup>1</sup> Günter Grzega: Die Gemeinwohl-Ökonomie – eine Alternative zum Neoliberalismus, 09.04.2018; [www.makroskop.eu](http://www.makroskop.eu), S.4)